

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4939 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Mittwoch, den 10. März 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Forderungen für die Marine.

Die politische Lage ist plötzlich klarer geworden. In deutlicheren Umrissen zeichnet der Konflikt sich vor unseren Blicken ab, dem wir zutreiben. Aus der Budgetkommission des Reichstages ist die Beleuchtung gekommen, und der Staatssekretär der Marine hat sie gebracht. Herr Hollmann war frisch von Wilhelmshaven hergekommen, von der Verteidigung der Marine-Neutren. Der Abgang der Feiler leuchtete noch von seinem Antlitz, als er den Abgeordneten, die zu nächsternem Rechnungswerke sich einzufanden halten, am Freitag versicherte, daß die Marine in der Zukunft hohem Verufe zu dienen habe und daß ihre Mannschaft dem Landheere nicht nachsehen, sondern ihre Schuldigkeit thun und sterben werde mit dem Rufe: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ Nach lotharner Uebung auf der patriotischen Drehorgel aber suchte der Herr Marinechef nachzuweisen, daß die Flotte nicht ausreiche.

Mit sehr bemerkter Schärfe wandte sich Herr Hollmann gegen die Opposition und insbesondere gegen das Wort von den „uferlosen“ Flottenplänen. Wir denken billig genug, um zuzugestehen: wo die Marineverwaltung Recht hat, da hat sie Recht. Man kann in der That nicht mehr von uferlosen Flottenplänen reden. Wenigstens fürs Erste nicht. Denn der Herr Staatssekretär hat einen Flottenplan vorgelegt, dessen Ufer ganz wohl zu erkennen sind, einen Plan freilich, bei dem man nicht erst nöthig hat, Jemanden gruselig zu machen, sondern der für sich selber genug spricht. Auch starknervige, bewilligungsgewohnte Mitglieder der Budgetkommission überkam ein Gefühl, wie jenes der Margarethe, da sie das Fläschchen der Nachbarin erblet. Nämlich, der Herr Staatssekretär fordert insgesammt für die Marine für den Zeitraum von jetzt bis zum Ablauf des Jahrhunderts zu Schiffsumbauten 328 371 000 Mark. Das ist eine Summe, welche die kühnsten Erwartungen, die schlimmsten Befürchtungen weit hinter sich läßt. Insofern die nächsten drei Jahre in Betracht kommen, ist der Plan klar erkennbar; wenn das Jahr 1900 zur Rüste geht und die Marine-schwärmerie bis dahin nicht einer zutreffenderen Beurteilung unseres Könnens und unserer Aufgaben Platz gemacht hat, kommen weitere Forderungen; das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche.

Herr Hollmann glaubte aussprechen zu sollen, daß Deutschland eine Flotte haben müsse gleich derjenigen von Frankreich. Schön, aber warum nicht gleich eine Flotte, wie die englische? Wenn schon, denn schon! Im Hintergrunde schlummert ja doch der Gedanke, daß Deutschland zu Wasser und zu Lande die erste Kriegsmacht werden soll. Das Wie macht großen Genies keine Sorgen, und das weiße Römerwort: Versate diu, quid ferro recusent, quid valeant humeri — überlegt lange, was die Schultern tragen können, und was nicht, ist für sie nicht da. Zum Küstenschutz brauchen wir kaum eine Flotte, das räumt man ein. Warum also die große Flotte, die zunächst der französischen gleich werden soll? Weil der Weltmachtstiel mächtig ist. Wir sollen sogar in den ostasiatischen Gewässern Seeschlachten bestehen gegen die neue Flotte von Japan.

In einer erschütterlich offiziellen Preisdarlegung finden wir eine Betrachtung darüber, daß unsere deutsche Flottenvermehrung ja gar nichts bedeuten wolle im Vergleich zu der englischen, da ja in diesem Jahre in England sechsundsiebzig Kriegsschiffe fertiggestellt wurden und eine Erhöhung der Schiffsmannschaft um sechstausend Mann erfolge. Nachtigall man hört dich laufen! das englische Beispiel wird uns immer wieder vorgehalten werden, und immer wird man mit souveräner Nichtachtung über die Erwägung hinwegschreiten, daß wir das stärkste Landheer haben, während Englands Landarmee gar nichts bedeuten will, und daß wir überdies nicht auch noch mit zu den größten Seekriegsmächten zählen können. Größenwahn darf in der auf die Sicherung und Gut der Landeswohlfahrt gerichteten Politik nicht mitsprechen; wir müssen festen Boden unter den Füßen behalten. — Es stehen uns sicherlich auch große Forderungen in Aussicht für Landheereszwecke; schon spricht man wiederum von einer Vermehrung der Präsenzstärke der Landarmee. Sollte Frankreich das neue Schnellfeuergeschütz einführen, so müssen wir nachfolgen und 200 Millionen

Mark für die Artillerie bewilligen. Wie soll man denn alle die Gelder aufbringen, wie die Hüfen neuer großer Kanonen decken? Das Reich kann nur indirekte Steuern erheben. Die indirekten Steuern aber lasten auf den breiteren, ärmeren Massen der Bevölkerung, denen somit in der Hauptsache die Pflicht zugewälzt werden würde, die Weltmachtsträumerie und die Marinegroßmannschaft aus ihrer sonst genug verdienten bescheidenen Mittel zu bezahlen.

Wie stehen die Aussichten für die Marineforderungen? Man darf nicht vergessen, daß gerade das Centrum, die an Abgeordneten starke Partei im Reichstage, sich mit aller Entschiedenheit gegen die weitgehenden Marineforderungen ausgesprochen hat. Man, die jetzigen, überraschend großen Forderungen gehen noch viel weiter. Der Staatssekretär Hollmann hat in der Budgetkommission stellenweise einen recht scharfen Ton angeschlagen. In höheren Kreisen wispern und munkelt man schon lange von einer Reichstagsauflösung zwischen Ostern und Pfingsten. Wir sind offenbar in eine kritische Zeit eingetreten. Der nöthige Hintergrund einer auswärtigen Verwidelung für Reichstagswahlen mit der Parole „Wehr Schiffe“ ist mit den orientalischen Ereignissen gegeben. „Die Stimmliche „Post“ beginnt bereits nach der alten Schablone zu arbeiten, indem sie folgenden Vorschlag erhebt: „Wer sich nicht der Verantwortung für die Sicherheit des Landes gegen Kriegsgefahr aus Verantwortlichkeit entschlägt, kann gar nicht anders, als das Extra-Ordinarium des Marine Staats unverkürzt bewilligen.“ Daß die Schiffe, die wir erst im Laufe einiger Jahre bauen sollen, uns in einem jetzt etwa ausbrechenden Kriege nicht nützen würden, das macht nichts. Die Wimpel werden ja nicht alle.

Oder sollten doch die mehrfach gebrannten Kinder endlich das Feuer zu scheuen beginnen? . . . Aufgewacht, Ihr Reichsbürger und Steuerzahler! Wir gehen ernst, schweren Tagen entgegen. (B. B.)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des neuen Handelsgesetzbuches beendigte die erste Sitzung.

Hohenlohe und ein neues Ausrüstungsgesetz. Die „Magd. Btg.“ schreibt:

„Als am Donnerstag Abend die parlamentarische Soiree beim Fürsten Hohenlohe beendet war, wurde in den Cafés, wohin sich ein Theil der Gäste zu dem üblichen Gedanken-austausch begeben hatte, erzählt, der Reichstanzler hätte mit einer gewissen Geheißlichkeit zu verschiedenen politischen Personen gesprochen, so lange er im Amte wäre, würde eine neue Umsturzvorlage nicht gemacht werden.“

Das würde freilich nicht viel sagen, denn wer weiß, wie lange Hohenlohe noch Kanzler ist.

Der Aufschwung der Industrie und die Sozialdemokratie. In der „Zukunft“ schreibt der konservative Nationalökonom Rudolf Meyer in einem Artikel über die „Anfänge der evang. sozialen Bewegung“ u. a. folgendes: „ . . . heute behaupte ich, daß die deutsche und schweizer Industrie den großen Aufschwung, den sie seitdem genommen hat und der sich sogar in England sichtbar macht, zum Theil den sozialdemokratischen Vereinen verdankt. Diese haben den Arbeitern bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Lebensstellung und gesteigerte Geschicklichkeit erkämpft. Die Streiks selbst, ja die Vertheidigung in den Zeiten des Sozialistengesetzes, die Unterstützung, die sie sich darin gegenseitig gewährten, die Treue, die sie bewiesen, waren Mittel zur Entwicklung der besten geistigen Eigenschaften der Arbeiter.“ Daß unsere Gegner ein Verständniß für diese auf gründliche Forschung und jahrelange Erfahrung gestützte Ansicht eines streng konservativen Mannes hätten, ist allerdings nicht anzunehmen.

Eine eigenthümliche Illustration zu den gesteigerten Marineforderungen bildet die von der „Post. Btg.“ festgestellte Thatsache, daß die „Kreuzerfregatte „Charlotte“, die zum 1. April als Schulschiff in Dienst gestellt werden soll, trotzdem sie schon seit 1885 in Dienst gestellt ist, bisher nie für einen praktischen Zweck gebraucht, sondern immer nur für Probefahrten in Dienst gestellt wurde.

Der Landtag von Sachsen-Meiningen hat ein Gemeindegesez gegen die Stimme des Genossen Wehder angenommen. Künftighin werden auf Grund ihrer Steuerleistungen die Reichen in den Städten bis 10 Stimmen, und auf dem Lande in fast unbeschränkter Zahl auf sich vereinen können, indem für je 15 M. eine Stimme gerechnet wurde. Die Wahl von Sozialdemokraten in den Stadtvertretungen kann künftighin als ausgeschlossen gelten. Jetzt haben wir Vertreter in Saalfeld, Pößneck, Sonneberg, Salzungen und in vielen Landorten. Der Regierungsvertreter gab die beabsichtigte Fernhaltung unserer Parteigenossen von den Wahlen ganz unumwunden zu.

Unfallversicherungs-Kommission. Trozdem zur Zeit keine Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden, ist das Haus doch keineswegs verödet, es tagen eine ganze Anzahl von Kommissionen. Die Unfallkommission hat am Donnerstag Mittag um 1 Uhr ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Donnerstag wurde zunächst der § 47, von dem bisher nur der das Verfahren bei den Wahlen der Arbeitervertreter behandelnde Absatz erledigt worden war, „fertig gemacht“. Von Dr. Reule (nat. lib.) war dazu beantragt worden, daß zu den Sitzungen der Schiedsgerichte ein approbierter, vom Schiedsgericht zu wählender Arzt als sachverständiger Beirath herangezogen sei. Der „Vertrauensarzt“ der Berufsgenossenschaften solle nur dann zugezogen werden, wenn ein anderer Arzt mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse „schwer zu erlangen“ sei. Der Antrag wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, daß die Wahlen statt auf fünf auf vier Jahre gelten sollten und alle zwei Jahre die Hälfte der Beisitzer auszuscheiden habe, erfuhr gleichfalls Ablehnung, so daß mit Ausnahme des Abs. 2 (die Wahlen betreff.) der Paragraph, der so lange Debatten hervorgerufen hatte, wesentlich in der Regierungsfassung angenommen wurde. Bei § 49 — der § 48 wurde ohne Debatte mit einer vorgeschlagenen redaktionellen Aenderung acceptirt — gab zu einer Debatte über Ablehnung einer Wahl ohne zulässigen Grund Veranlassung. Unsere Genossen beantragten, den betreffenden Passus zu streichen, event. ihm hinzuzufügen: „Lehnt ein Arbeiter die Wahl deshalb ab, weil für ihn begründete Befürchtung besteht, daß er für den Fall seiner Theilnahme an den Sitzungen aus dem Arbeitsverhältniß entlassen werde, oder entzieht er sich aus gleichem Grunde der Ausübung seines Amtes, so hat der Arbeitgeber die dem Arbeiter auferlegte Strafe diesem zu ersetzen und hat eine Geldstrafe in gleicher Höhe an die Krankenkasse, deren Mitglied der Arbeiter ist, zu zahlen.“ Der Antrag, dessen Tendenz in die Augen springend ist, wurde ebenfalls abgelehnt. § 50 regelt das Verfahren vor dem Schiedsgericht. Grillenberger und Gen. beantragten, daß die Schiedsgerichte mit je drei Unternehmern und drei Arbeitern zu besetzen seien, so daß stets mindestens zwei von jeder Beisitzerkategorie an der Urtheilsfällung theilnehmen müßten, während jetzt die Schiedsgerichte schon mit einem Beisitzer aus jeder Klasse beschlußfähig sind. Es blieb aber bei der seitherigen Bestimmung. Auf Antrag Rösicke wurde beschlossen, daß die Einberufung der Beisitzer nach einer vom Reichsversicherungsamt im voraus festzusetzenden Reihenfolge zu geschehen hat. Als rückschrittliche Neuerung war von der Regierung der Satz vorgeschlagen: „Das Schiedsgericht ist befugt, den Beteiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Anträge derselben veranlaßt worden sind.“ Herr v. Stumm legte sich gewaltig für diese Verschlechterung ins Zeug. Um sie etwas schmächter zu machen, wollte er statt unbegründet „frivole“ Anträge setzen. Die Kommission war aber für die geplante Verschlimmerung denn doch nicht zu haben, sondern lehnte auf Antrag Stadthagen und Genossen, Rösicke und Müller dieselbe ab. Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, daß die Urtheile des Schiedsgerichts spätestens innerhalb drei Wochen nach ihrer Verkündung den Parteien zuzustellen sind, ebenso ein Antrag Hise, wonach auf Antrag des Verletzten ein ärztliches Attest von einem anderen als dem Vertrauensarzt dem Schiedsgericht vorgelegt werden muß. Der Antrag Stadthagen, daß die Verletzten in der Wahl ihrer Vertreter vor den Schiedsgerichten nicht eingeschränkt werden dürften, wurde leider, angeblich aus Furcht vor dem Eindringen von Winkelwulstent, abgelehnt.

Koloniales. Die „Köln. Btg.“ meldet: „Lieutenant Werther, Beauftragter der Frangi-Gesellschaft (ehemaliger

Expeditionsführer des Anti-Sklaverei-Komitees), ist auf Antrag des Gouverneurs, Oberst Liebert, telegraphisch nach Berlin zurückberufen worden." Lieutenant Werther mußte vor Jahresfrist eine Anzahl Kapitalisten für eine Expedition nach Ostafrika zu interessieren, nachdem er ihnen Goldpreise gezeigt hatte, die er auf seiner früheren Expedition gefunden hatte, und deren Fundort nur ihm bekannt sei. Kenner der Verhältnisse in Ostafrika warnten damals, so schreibt die „Post“, laut davor, Werther hinauszuführen, weil sein Auftreten den Eingeborenen gegenüber für den Frieden und die Ruhe des Landes bedenkliche Folgen gehabt hätte. Die Angelegenheit wurde vorigen Sommer auch in der deutschen Presse verschiedentlich erörtert und und auch wir haben damals geglaubt, vor der Entsendung Werther's warnen zu sollen. Lieutenant Werther mußte indessen trotz der gegen ihn sich erhebenden Stimmen damals seine Pläne durchsetzen. Ob er jetzt zur Berichterstattung zurückgerufen ist, sagt die „Abn. Ztg.“ nicht. Leider haben wir indessen Grund zu der Annahme, daß dies nicht der Zweck der an ihn gesandten telegraphischen Anweisung ist. Vielmehr scheinen von Neuem ärgerliche Händel vorgekommen zu sein, so daß der Gouverneur im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe auf die Abberufung des Lieutenant Werther's dringen mußte. — Dr. Peters hat seine Abreise nach dem Somaliland verschoben, um erst den Stand seiner europäischen Angelegenheiten, d. h. den Ausgang des Disziplinarverfahrens, klarer übersehen zu können, bevor er auf längere Zeit fortgeht. — Friedr. Schröder („Fischschneider“) kann zur Verbüßung seiner Strafe noch nicht nach Deutschland gebracht werden, da noch in 24 Fällen gegen ihn Untersuchungen schweben.

Die neuen Flottenpläne. In der Budgetkommission des Reichstages war am Montag zur Fortsetzung der Berathung des Marine Etats der Reichskanzler erschienen. Derselbe entfernte sich aber, wie die „Freis. Ztg.“ meldet, sogleich wieder nach Verlesung einer kurzen Erklärung, welche die Ziele der Denkschrift billigte und die Durchführung derselben im Einzelnen von der Zustimmung der verbündeten Regierungen und des Reichstags zum Etat abhängig erklärte. Das wußte jedermann auch schon vordem. Vorher hatte Abg. Lieber als Referent in längerer Ausführung dargelegt, wie die Marineverwaltung fortgesetzt grade in den neuen Forderungen in Widerspruch tritt mit allen bisherigen Erklärungen und Plänen. Schließlich aber zog Abg. Lieber daraus nur die Folgerung, daß man bei allen nunmehrigen Bewilligungen einen Vorbehalt machen müsse, daß man dadurch nicht sich präjudizieren wolle für weitere Bewilligungen nach Maßgabe der Denkschrift. Auf das Maß der Bewilligungen seitens der Zentrumspartei (nach Andeutungen des Abg. Lieber 32 Millionen für Schiffshauten pro 1897/98) scheint also die Denkschrift einen Einfluß nicht zu üben. Staatssekretär Hollmann ging auch in den nachfolgenden Ausführungen auf die sachlichen Darlegungen des Abg. Lieber gar nicht ein, sondern bewegte sich wieder in allgemeinen, mit großer Behaftigkeit vorgetragenen Wendungen. Am bezeichnendsten war, wie er Deckung suchte hinter dem Admiralstab und dem Oberkommando, dessen Pläne er zur Ausführung bringe. Diese Auffassung eines Staatssekretärs als des Untergebenen einer höheren Stelle ohne selbständige Verantwortlichkeit wurde in der nachfolgenden Rede des Abg. Richter geegelt. Die persönlichen Erklärungen der Minister seien bei solcher Auffassung, daß man nur den Befehlen höheren Ortes zu folgen habe, ganz bedeutungslos. Abgeordneter Hammacher begrüßte schon jetzt lebhaft die neuen Forderungen, so daß an der Bewilligung aller Marineforderungen seitens der Nationalliberalen für die nächste Zeit nicht zu zweifeln ist. Während der konservative Etatsredner Abg. v. Leipziger bei der ersten Berathung selbst noch scharfe Einwendungen gegen die Forderungen des neuen Etats erhoben hatte, mußte diesmal in der Kommission Abg. v. Leipziger dem Abg. Grafen Holstein das Wort überlassen, der in einer Weise der Regierung zustimmte, welche das völlige Einschwenken sämtlicher Konservativen auf die neuesten Flottenpläne kundgab. Somit ist der Abschluß eines neuen Kartells für Flottenpläne, wie es schon auf der Soiree beim Finanzminister skizziert wurde, innerhalb der alten Kartellparteien nunmehr zur Thatsache geworden. — Wie soll das noch enden?

Eine Zentenarvorlage. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen, dem der Bundesrath einmüthig zugestimmt hat, „betreffend die Vorarbeiten für die Errichtung einer Gedenkstätte zu Ehren der im Feldzuge 1870/71 gefallenen oder schwer verwundeten deutschen Krieger.“ Es handelt sich hierbei wohl um ein Seitenstück zu dem auch vom Reichstage bewilligten Denkmal für Kaiser Wilhelm I. Vielleicht hofft man bei dieser Gelegenheit die Regulierung des Schloßplatzes, die dem Berliner Magistrat schon viel Kopfzerbrechen gemacht hat, zu erreichen. Wird dazu aber im Reichstage das Geld zu haben sein?

Ueber die Hausgewerbe in Deutschland wird zum ersten Male eine amtliche Statistik veröffentlicht nach Maßgabe der Berufszählung vom 14. Juni 1895. Daraus ergibt sich, daß im deutschen Reich die Gesamtzahl der Hausgewerbetreibenden, wenn man die selbstständigen Handwerker im Hauptberuf und Nebenberuf, deren Begleiter und auch die vom stehenden Gewerbebetriebe ausgehenden Hauswirthe mitrechnet, nur 126 885 Köpfe zählt, also noch nicht ein Viertel Prozent der Bevölkerung. Daraus resultiert schon, wie ungerechtigt die Klagen sind, als ob das Hausgewerbe in der Kon-

kurrenz mit dem stehenden Gewerbe auf dessen Verdienst einen erheblichen Einfluß ausüben könnte. Landtschaftlich kommen die Hausgewerbetreibenden in größerer Zahl auf das Königreich Sachsen mit 14 829 Köpfen, Rheinland mit 13 472, rechtsrheinisches Bayern mit 10 759, Schlesien mit 9517, Provinz Sachsen mit 7830, Württemberg mit 7631, Elsaß-Lothringen mit 6036, Baden mit 5954 Köpfen. Nach dem Beruf kommen auf den Handel 113 520 Köpfe, auf Musik, Theater, Schauspiellagen ohne höhere Kunstleistungen 8118 Köpfe, auf die Landwirtschaft dagegen entfallen nur 98. Es sind dies theils Gärtner, die mit Samen im Umherziehen handeln, theils hausübende Kranzbinde, theils solche, welche Bestäuber, auch Singvögel und Fische (Goldfische) züchten und damit hausiren. In der Berufszählung Industrie werden 5124 Hausgewerbetreibende gezählt, darunter 878 Scheren-, Messer-, Werkzeugschleifer, 759 Korbmacher, 405 Weber, 356 Flechter mit Holz und Stroh, 332 Wärfelhersteller und weiterhin u. a. 153 Photographen, 114 Glaser u. s. w.

Gegenüber dem Durchschnittsfaße von 2,45 Hauswirten auf 1000 Einwohner erscheinen demgemäß mit den niedrigsten Verhältniszahlen Posen (0,80), Ostpreußen (0,86), Westpreußen (0,97), Lippe (1,38), Schaumburg-Lippe (1,45). Relativ am meisten Hauswirten finden sich in Hohenzollern (8,83 pro Wille), Lübeck (4,35), Sachsen (3,95), Schwarzburg-Rudolstadt (3,91), Hamburg (3,91), Elsaß-Lothringen (3,72), Württemberg (3,69), Mecklenburg-Strelitz (3,49), Braunschweig (3,47), Baden (3,46).

Zur Massenverbreitung unter den Arbeitern wird von bürgerlichen Blättern eine Forderung von Dr. Freund-Berlin veröffentlichte kleine Schrift empfohlen, in welcher dargethan wird, daß für die Zwecke der Arbeiterversicherung während des ersten Jahrzehnts der Anwendung der verschiedenen Gesetze eine Milliarde verausgabt worden ist. Die Empfehlung der bürgerlichen Blätter lautet:

„Die Schrift ist geeignet, die Arbeiterkreise über den Werth der verkleinernden Kritik zu belehren, die von ihren Führern an den Leistungen dieser Gesetze immer noch geliebt wird. Im Mittelpunkt dieser gewaltigen Summe stehen die Ausgaben für die Unfallversicherung, die sich ja mehr und mehr als die wichtigste und bedeutendste der Versicherungen erweist, insbesondere auch mit Rücksicht darauf, daß ihre Lasten lediglich von der Arbeiterschaft aufgebracht werden müssen. Zur Zeit kann kein Land mit Deutschland in dieser Hinsicht einen Vergleich aushalten, und man sollte meinen, daß die Ueberzeugungskraft dieser Zahlen selbst da Eindruck machen müßte, wo man sich daran gewöhnt hat, verheißenden Schlagworten ohne Weiteres zu glauben.“

Es wird also das alte traurige Spiel gerieben, glauben machen zu wollen, daß die Arbeitgeber „gewaltige Opfer“ für die Arbeiter bringen müssen. Worin begreift sich denn die „verkleinernde Kritik“, welche von den Führern der Arbeiter am Versicherungswesen geliebt wird? In der Konstatierung und Erörterung folgender Thatsachen:

- 1) Der weitaus größte Theil für die Kranken- und Alters- und Invaliditätsversicherung wird von den Arbeitern selbst direkt aufgebracht.
- 2) Die Krankenkassen der Arbeiter sind zu Unrecht belastet mit der Entschädigung für über 80 pCt. aller Unfälle.
- 3) Das Unternehmertum ist bestrebt, seine Beiträge für die Versicherung auf die Arbeiter zu überwälzen, sich durch ergiebige Ausbeutung der Arbeitskraft für diese Leistungen schadlos zu halten.
- 4) Die Unfallversicherungs-Vereinsgenossenschaften versuchen mit Hilfe des Instituts der „Vertrauensärzte“ sich der Verpflichtung berechtigter Entschädigungsansprüche Unfallverletzter nach Möglichkeit zu entziehen.
- 5) An der Aufbringung der Mittel für den Reichszuschuß zur Invaliditäts- und Altersversicherung ist grade die Arbeiterklasse nach Maßgabe des Systems der indirekten Steuern am stärksten theilhaft.

Das sind die schwerwiegenden Thatsachen, die für die „verkleinernde Kritik“ in Betracht kommen. Was bedeutet übrigens eine Milliarde an Ausgaben für die etlichen Millionen versicherter Personen auf allen Gebieten der Versicherung im Zeitraum von zehn Jahren? Glaubt man denn, die Arbeiter haben keinen richtigen Begriff von Zahlen, die „Milliarde“ könne ihnen imponieren im Vergleich mit den vielen Milliarden, die sie im Laufe von zehn Jahren für Andere erarbeitet haben?

Herr v. Meisch-Schilbach. Die Bremer „Volks-Zeitung“ schreibt: „Nachdem die Herren Normann-Schumann und Singold Stärkel den Staub der Millionenstadt von ihren Füßen geschüttelt, scheint nun auch der ehemalige Redakteur eines hiesigen Blattes, Herr v. Meisch-Schilbach, unter dem Motto: „ich sei, gewährt mir die Bitte...“ die Untergetlichkeit zu heben; wenigstens ist letzter Tage ein an ihn adressirter Privatbrief von der Reichspost als unbestellbar an den Absender zurückgegeben worden. Der Herr „Baron“, ein ehemaliger sächsischer Offizier, soll zu denjenigen Redakteuren gehört haben, welche der politischen Polizei gegen Gefälligkeitsdienste leisteten. Er war in der Strafsache gegen den Kriminal-Kommissar von Tausch von dem Untersuchungsrichter wiederholt vernommen worden, weil man annahm, daß Herr v. Meisch durch den genannten „Kommissar“ zu gewissen Plänen benutzt worden sei. Inwieweit sich die Annahme bestätigt hat, entzieht sich untrüger Kenntniß, jedenfalls aber läßt

die Abreise des Herrn v. M. in Verbindung mit Thatsache, daß er vergessen hat, seine neue Adresse hinterlassen, darauf schließen, daß er den Hauptverhältnissen gegen den Herrn v. Tausch nicht genau beivohnen möchte. Daß gerade die Hauptbelastungszeugen gelegentlich kommen; woher jene das Meistgeld nehmen, über schweigt des Sängers Höflichkeit. Meisch ist ein Theile der Lübeck. Bevölkerung dadurch bekannt geworden, daß er für die „Lübeckische Anzeigen“ mehrere Verichte geschrieben hat. Und jetzt beschuldigt Meisch, der Polizei gefällig gewesen zu sein! Höflich fatal! wird die Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen“ ausgerufen!

Der Prozeß Murr und Genossen stand in neuer Auflage gestern vor dem Berliner Landgericht zur Verhandlung. Das Urtheil lautete: „Die Angeklagten sind sämmtlich freizusprechen.“ Der Gerichtshof nimmt an, daß objektiv eine Verbindung der Wahlvereine mit dem Verein Parteileitung vorliegt, und zwar durch die Vertrauensleute. Den Vorstandsmitgliedern ist aber (Stauben) zuzumessen, daß sie in Unkenntniß darüber sich befanden, daß in den von den Vertrauensleuten abgelieferten Geldern Vereinsgeld enthalten waren. Es fehlte somit das Bewußtsein einer Verbindung, die zur Erfüllung des Thatbestandes und zur Strafbarkeit notwendig war. Die Schließung der Parteioorganisation ist aufgehoben.“ (Wir werden morgen ausführlich über die Verhandlung berichten.) Der in so großem Applomb in Szene gesetzte Müller-Schön-Streich ist somit kläglich gescheitert!

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 8. März.

187. Sitzung.

Präsident v. Bueli eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Bütticher und Graf von Saldow.

Haus und Tribünen sind schwach besetzt.

Zur Berathung steht zunächst in zweiter Lesung die Ueber-

sicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1895/96.

Die Rechnungs-Kommission beantragt die Genehmigung der Etats-Veranschlagungen (Gesamtbetrag etwa 51 Millionen.)

Die Genehmigung wird beibehalten.

Es folgt der Etat des Reichstages.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

1) Von der Budgetkommission: die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1897/98 vorzulegen, in dem für Grunderwerb und Projektbearbeitung für den Bau eines Präsidialgebäudes des Reichstages, sowie als erste Rate 300 000 Mk. gefordert werden.

Freiherr v. Stumm (N.) beantragt, die geperet gedruckten Worte zu streichen.

2) Von den Abgg. Murr u. Gen. (Fp.): den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung Art. 32 -- in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstages aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Beck (Fp.) führt Beschwerde darüber, daß das neue Reichstagsgebäude durch die letzte Amateurephotographen-Ausstellung „verschmutzt“ worden sei. Für solche Zwecke könne doch das alte Reichstagsgebäude dienen.

Dr. Fischer (F.) regt die feste Anstellung der Reichstagsstenographen an Stelle der bisherigen diätarischen Beschäftigung an. Der Reichstag muß als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen.

Schmidt (Fp.): Die Angelegenheit ist vom Vorstande in durchaus wohlwollender Weise geprüft worden. Die definitive Anstellung soll nach und nach, in jedem Etat zwei Stellen, erfolgen, bis alle Stenographen fest angestellt seien.

Liebkeuch (Sd.) wünscht, daß die Statistik der Reichstagswahlen nicht so dürftig ausfalle, wie diesmal. Jetzt haben wir nur die Namen der siegreichen Kandidaten; aber auch die Namen der unterlegenen müssen genannt werden, sonst erhält man ein ungenügendes Bild von der Wahlbewegung. Ferner sollten Stadt- und Landkreise gesondert aufgeführt werden, wie es bei der Statistik der preussischen Landtagswahlen bereits geschieht.

Drittens müsse die Anzahl der militärischen Besatzung der einzelnen Orte angegeben werden, damit nicht der Vergleich der ortsanwesenden Bevölkerung mit der Wahlbetheiligung ein falsches Bild ergebe. Daß eine Neuentheilung der Wahlkreise erforderlich ist, wird kein Einsichtiger bestreiten, dem daran liegt, daß bei den Wahlen die wahre Volksstimmung zum Ausdruck kommt.

Für Geschäftsordnung erklärt

Richter (Fp.), daß der Diätenantrag seiner Partei mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses vorläufig zurückgezogen und erst bei der dritten Lesung zur Berathung gestellt werden wird.

Hierauf gelangt die Resolution der Budgetkommission (Präsidialgebäude) zur Vernehmung.

Der Referent der Kommission, Abg. Lieber (B.), theilt mit, daß ursprünglich ein Antrag des Reichstagsvorstandes, der von den Abgg. Dr. v. Levetzow, Schmidt und Genossen eingebracht worden sei, vorgelegen habe, der schon in den vorliegenden Etat 800 000 Mk. hierzu einstellen wollte. Dieser Antrag sei in der Budgetkommission auf Bedenken gestoßen, weshalb man die vorliegende Form gewählt habe. Auf den Hinweis, daß die Etatlage ungenügend sei und dringendere Ausgaben zu leisten wären, sei zu erwidern, daß das passende Terrain nur jetzt zu haben sei. Wenn wir bauen wollen, müssen wir jetzt bauen.

Freiherr v. Stumm (Np.) begründet seinen Antrag. Erst wenn das Bauprojekt vorliegt, können wir darüber beschließen. Die erste Bauurtheil muß so lange verschoben werden, bis ein detaillirtes Projekt vorliegt. Im Falle der Ablehnung seines Antrages würden seine politischen Freunde gegen die ganze Position stimmen.

Schmidt-Eberfeld (Fp.): Die vorliegenden Pläne enthalten nichts Definitives; sie sollen lediglich dazu dienen, sich für den einen oder den anderen der beiden in Frage kommenden Plätze zu entscheiden. Wir würden ein ganzes Jahr verlieren, wenn die Bauurtheil für die Fundamente abgelehnt würde.

v. Levetzow (N.) tritt für den Antrag Stumm ein. So lange man nicht wisse, wie der künftige Bau aussehe und was er koste, könne man keine erste Bauurtheil bewilligen.

Richter (Fp.): Ich würde den Grundrissen's Gesicht schlagen, die ich seit 25 Jahren beständige, wenn ich für eine erste Bauurtheil für einen Bau stimmen würde, zu dem noch keine spezialisirten Projekte vorliegen. Ein vornehmer Präsidialgebäude bringt Repräsentationspflichten mit sich, die nur von reichen Leuten getragen werden können. Wir werden dadurch in der Auswahl eines tüchtigen Mannes für den Präsidialposten zu sehr beschränkt.

Dr. Hamacher (N.) spricht sich für den Antrag des Abg. Stumm aus.

Spahn (3) sieht keine Veranlassung, von dem Vorschlage der Kommission abzugehen.  
von Kardorff (R.) hebt hervor, daß der Beschluß der Budgetkommission bei nicht vollständiger Belegung gefaßt worden sei.  
In seinem Schlusswort meint Abg. Dr. Lieber, daß es möglich sei, sich wegen der Worte, deren Streichung Abg. v. Stumm beantragt habe, zu erheben und bittet, es beim Kommissionsantrag zu belassen.

Der Antrag v. Stumm wird gegen die Stimmen des Zentrum, der Sozialdemokraten, der freisinnigen Vereinigung und einiger Mitglieder der freisinnigen Volkspartei angenommen und dann mit dieser Abänderung fast einstimmig der Antrag der Budgetkommission.

Der Etat des Reichsstaates wird bewilligt.  
In dritter Lesung wird der Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsverwaltung und die Zwangsverwaltung auf Antrag des Abg. Wassermann (R.) einstimmig angenommen und die Petitionen für erledigt erklärt.

En bloc angenommen wird in dritter Lesung der Entwurf einer Grundbuchordnung.

Es folgen Petitionen.  
Die eine Petition, welche die Vermehrung der Eisenbahnstationen in Elsaß-Lothringen fordert, wird dem Reichsfinanzminister als Material überwiesen.

Eine Petition auf Gleichstellung der Telegraphisten der Reichseisenbahnen mit denen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung beantragt die Kommission durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen. Das Haus tritt jedoch nach unruhiger Debatte einem Antrag Dr. Hammacher (R.) bei, die Petition dem Reichsfinanzminister zur Veranschaulichung zu überweisen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Anträge Graf Schwerin-Ludow. und Dr. Raasche auf Beschränkung bezw. Beilegung der Volkstribüne für Getreide und Mühlenfabrikat).  
Schluß 1 1/2 Uhr

## Lübeck und Nachbargebiete.

**Achtung! Metallarbeiter! Der Bezug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Altempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülsenarbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.**

Das Streikmittce ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftsverband herausgegeben und mit dem Kartelltempel versehen sind.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir eine Aeußerung des G. Gerichtsberichterstatters der „E. Z.“ zurückerweisen. In dem Referat über die letzte Verurteilung des Genossen Friedrich wird dieser als früherer Redakteur des „L. W.“ bezeichnet. Dem ist kaum man selbstverständlich nicht zumuthen, zu wissen, daß Genosse Friedrich Mitglied der Redaktion ist, so lange er noch nicht in das Marzall-Glysim übergetreten ist, daß er jedoch nicht mehr verantwortlich zeichnet.

Die Revision, welche seitens der Genossen Friedrich und Schweizer gegen die auf 1 Jahr bezw. 3 Monate Gefängniß lautenden Vortheile der Strafkammer des hiesigen Landgerichts vom 23. Januar eingelegt war, ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden.

Ueber den Thiel'schen Streik hat sich, nach dem Amtsblatt der „Hamb. Korrespondent“ einen Situationsbericht schicken lassen, in dem behauptet wird, die Streikenden hätten erwartet, mit Beginn der wärmeren Jahreszeit würden die „Arbeitswilligen“ die Fabrik verlassen, um am Kanal zu arbeiten. Das ist den Streikenden gar nicht eingefallen! Dagegen ist es Thatsache, daß am Kanal die Streikenden fortwährend abgewiesen worden sind, wenn sie um Arbeit antrugen und daß deswegen Beschwerde beim Senat erhoben worden ist!

Zu einer großartigen Demonstration gestaltete sich die gestern stattgefundene Beerdigung des Genossen Carl Meyer. Mehr als 2000 Personen gaben dem Verstorbenen das letzte Geleite. Voran ging die vom Musikerverein gestellte Musikkapelle. Ihr folgten in schier endloser Reihe mit dem umflorten rothen Parteibanner der sozialdemokratische Verein, und die Gewerkschaften mit ihren Fahnen. Am Grabe sangen die Liedertafel „Eintracht“ und der Gesangskreis der Zimmerer einige angemessene Trauerweisen. Die sozialdemokratische Partei Lübecks hat bewiesen, daß sie ihre theuren Todten ehrt und dem selbstlosen, opferwilligen Streben die wohlverdiente Anerkennung zollt. Sie wird auch in Zukunft das Andenken des zur letzten Ruhe Bestatteten hochhalten, indem sie mit rastlosem Eifer die Verwirklichung der Ideen anstrebt, für welche der todt Genosse meist Leben und Gesundheit einsetzte. Der Säemann ist zwar gefallen, doch die Saat fiel auf guten Boden. Hoch die Sozialdemokratie.

**Bestrafte Pietät.** Zwei Maurerarbeitende, welche gestern an der Beerdigung des Genossen Carl Meyer Theilgenommen hatten, sind heute von dem Maurermeister Fritz Castens, Dorfstraße 15, mit dem Bemerkten entlassen worden, sie sollten nur ihr Geschirz zusammenpacken, er könnte sie nicht gebrauchen. Ein dritter Kollege erklärte sich mit den Gemahregeln solidarisch.

**Schrenkschanze vor Gericht.** Als weiland Schanze noch bei den politischen Gegnern der Sozialdemokratie in Ansehen stand, weil man von ihm das Material zu erlangen hoffte, mit dem die Partei der Nothen in Lübeck ein für alle Mal todtgeschlagen werden sollte, da er allerlei große Reden geführt und fühne Behauptungen aufgestellt. So hat er auch den Lehrling eines feigen Geschäftes bezichtigt, er besuche sozialdemokratische Versammlungen. Das trug ihm s. Zt. in Hamburg als „Arbeitswilliger“ gastirenden Schanze eine Beleidigungssache ein. Er wurde jedoch freigesprochen, da der Kläger geben mußte, als Junge (!) vor Jahren einmal bei der Maifeier zugegen gewesen zu sein. Weiter konnte er nicht beweisen, daß er sozialdemokratische Versammlungen besucht hätte.

Amüßant waren auch die Bekundungen eines Jungen, dessen Person unsere Leser wohl errathen werden. Die „E. Z.“ sagt:

Der vorgeladene Junge schilderte den Vorfall dahin, daß er eines Tages zu ihm gekommen sei, weil es wohl allgemein bekannt sei, daß Junge kein Freund sei jener sozialdemokratischen Groschensammler sei, die da heben um jeden Preis. Ich habe ihn aufgefordert, seinen Einfluß zur Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung in der das Treiben der hiesigen sozialdemokratischen Großen aufgedeckt werden sollte, geltend zu machen. Aus erklärlichen Gründen mußte diese Anforderung abgelehnt werden.

Ja, mit der Vernichtung der Sozialdemokratie war es einmal wieder nichts. Sie blüht und gedeiht trotz Schanze und Lange lustig weiter.

St. Bloch, der Schutzheilige der Lübecker bürgerlichen Presse. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die „E. Z.“ dem „Bund der Landwirthe“ aus Geschäftsücksichten freiwillige Schlepperdienste leistet. Das Geschäft muß nicht unergiebig sein, denn schon regt sich die Konkurrenz. Das Mädchen für Alles, der „Gen. Anz.“, errichtet jetzt auch eine agrarische Zentrale, vermuthlich, um „einem langgeföhnten Bedürfniß abzuhelfen.“ Mit da am 6. d. M. in Grevesmühlen eine Versammlung des „Bundes“ getagt, zu der das brave Amonnenblatt auscheinend einen „Spezialbericht-erstatler“ entsandt hat, welcher denn auch ein höchst ausführliches Referat über die in jener Sitzung verhandelten Strohachtfelderweihen vom Stapel laßt. In seinem laus sagt der Vater: der klingende Lohn bleibt nicht aus. Dieses Wort hat sich hier bewährt, denn am Schlusse des Berichtes wird die wirthschaftlich bedeutsame Mittheilung gemacht, daß der Vorsitzende den Mitgliedern den Lübecker Generalbund empfohlen habe. Arme Leute! In dem Jagdgründe schleicht ein hinterlistiger Wilddieb! Erwanne Dich! Verschauhe den unlaunteren Wettbewerber, denn Du allein hast das Privileg, mit Raufschuppe auf „Du und Du“ zu stehen. Sprich doch dein apago Satanas! aus, hebe dich weg von mir, aus meinen Hütten, du teuflischer Rumbum! — Liberales Bürgerthum, wo bist Du — ?

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet bereits wieder Montag, den 15. März d. J., Vormittags 10 Uhr, statt.

Das Schenkengesetz vom 20. Mai 1890 tritt nach einer Bekanntmachung des Senates mit dem heutigen Tage in Kraft.

Betrieb der Fähre zu Travemünde. Unter Aufhebung seiner Verordnung vom 21. März 1892, betreffend den Betrieb der Fähre zu Travemünde hat das Polizeiamt in Ausführung der Bestimmungen in § 1 Ziffer 1, 5, 6, § 4 Ziffer 3b und c, sowie § 5 der Verordnung vom 2. Januar 1892, betreffend den Fährbetrieb, nachstehende Verordnung für den Betrieb der Fähre in Travemünde: 1. Die Brücken und Stege, sowie die Zufahrten und Zuwege zur Fähre müssen mit einer wehrhaften Einriedigung versehen sein. 2. Der Fährprahm muß regelmäßig von mindestens zwei, bei unruhigem Wetter von mindestens drei Fährleuten geführt werden und von einem an ihm befestigten Poote mit zwei Rudern begleitet sein. 3. Das Ueberfahren geschieht mit dem Fährprahm an der für diesen bestimmten Fährstelle. Personen sind ohne Aufenthalt mit dem Fährboot überzusetzen, falls sie nicht vorziehen, den abfahrenden Fährprahm zu benutzen. Auch können kleine Gepäcksstücke, Schieblarren und Kinderwagen, einzelne Schweine, Schafe, Ziegen und Kälber zusammen mit ihrem Führer, sowie Radfahrer mit ihren Fahrrädern mit dem Boote übergesetzt werden. Der Fährmann hat in solchem Falle oder, wenn noch andere Personen in dem mit Thieren beladenen Boote übergesetzt werden wollen, nach pflichtmäßigem Ermessen zu bestimmen, um welche Zahl zum Behufe einer sicheren Beförderung die vom Polizeiamt für das Fährboot festgesetzte höchste Zahl der gleichzeitig zu befördernden Personen in Folge der mitgenommenen Gegenstände oder Thiere herabgesetzt werden muß. 4. Zum Zweck der Erhebung des Fährgeldes hat der Erhebende an die überzusetzende Wagen und Reiter hinzuzugehen. 5. In der Zeit vom 15. Mai bis 1. Oktober jeden Jahres täglich von Morgens 6 Uhr bis Sonnenuntergang geschieht das Ueberfahren mittelst Bootes für Fußgänger mit ihrem Gepäck, außer an der unter 3 genannten Fährstelle, auch an der hierfür bestimmten Stelle beim Kohlenmagazin. — Die Verordnung tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Tage für die Fähre zu Travemünde. An Fährgeld sind zu zahlen: für einen Fußgänger 8 Pf. Kehrt der Fußgänger an demselben Tage zurück, so ist er bei der Rückkehr von Erlegung des Fährgeldes frei. Für einen Schieblarren oder Kinderwagen mit dem Führer 15 Pf. Kehrt letzterer mit dem Schieblarren oder Kinderwagen an demselben Tage zurück, so ist er bei der Rückkehr von Erlegung des Fährgeldes frei. Für einen Reiter mit seinem Pferde 23 Pf. Für einen Radfahrer mit seinem Fahrrad 15 Pf. Für ein Stück Rindvieh, einen Esel oder ein loses Pferd 23 Pf., werden deren mehr als zwei jeder Art zusammengesezt, für jedes Stück 15 Pf., werden mehr als sechs jeder Art zusammen übergesetzt, für jedes Stück darüber 8 Pf., für Füllen, Schweine, Schafe, Ziegen oder Kälber, jedes Stück 4 Pf., werden deren mehr als sechs jeder Art zusammen übergesetzt, für jedes Stück darüber 2 Pf., für Gänse und Enten, wenn sie getrieben werden, für jedes Stück 2 Pf., für einen Wagen ohne Pferde 30 Pf., für ein einspänniges Fuhrwerk 38 Pf., für einen mit zwei Pferden bespannten Wagen 45 Pf., für einen mit mehr als zwei Pferden bespannten Wagen, für jedes Pferd über zwei 15 Pf., für

einen Scheffel Korn 2 Pf., für einzelne Kisten, Tonnen oder Ballen, für jedes Stück 4 Pf., für einen Raummeter Holz 8 Pf. Wenn unter Ueberlassung von Wagen und Pferden die Ladung allein übersezt wird, so sind nach Maßgabe der Beschaffenheit derselben die obigen Ansätze zu entrichten. Für das, was eine überfahrende Person trägt, für die auf dem Wagen oder dem Schieblarren bleibende Ladung, für die Personen, welche auf dem Fuhrwerk gekommen sind, wird kein besonderes Fährgeld erlegt. Die obigen Ansätze sind, falls die Ueberfahrt begehrt wird, vom 1. Mai bis 1. Oktober von Abends 9 Uhr bis Morgens 5 Uhr, in den Monaten März, April und Oktober von Abends 8 bis Morgens 6 Uhr, in den übrigen Monaten von Abends 7 bis Morgens 7 Uhr doppelt zu entrichten. Für Fußgänger mit oder ohne Schieblarren, sowie für Wagen, welche zur Bewirtschaftung der an Travemünde Einwohner verpachteten Parzellen auf dem Privat die Fähre benutzen, ist die Hälfte des tagmäßigen Fährgeldes zu entrichten. Von der Entrichtung des Fährgeldes sind befreit: im Dienst befindliche Beamte, Militärpersonen im Dienst und Militärfahrwerke, Post- und Telegraphenboten im Dienst, der Branddirektor und das Personal der Feuerwehr. Diese Tage tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

**Ueber „Die Stellung der Frau zu den wirthschaftlichen Kämpfen“** sprach am Freitag Abend in einer nur mäßig besuchten Frauen-Versammlung Frau Ziegl-Hamburg in einem vorzüglichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage.

**Flensburger.** Mehrere Wajrjägerinnen und Kartenlegerinnen erhielten dieser Tage empfindliche Strafen wegen ihres Wetters, weil sie sich des Betruges schuldig gemacht hatten. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß einige dieser „Klugen Frauen“ ständige Kundschaft und darunter Leute haben, die auf eine tüchtige „Enttüllung der Zukunft“ abonniert haben.

## Versammlung der Bürgerschaft.

Ziung vom 8. März.

Der Vorsitzende Dr. Zimmer eröffnete um 10 Uhr 20 Min. die Sitzung. Nachdem er dem verstorbenen Mitgliede der Bürgerschaft H. G. Schacht einen warmen Nachruf gewidmet und die Bürgerschaft das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen geübt hatte, stellt der Vorsitzende fest, daß infolge dieses Todesfalles die Zahl der Bürgerchaftsmitglieder 113 und die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl 57 betrage. Alsdann wurde zur Renwahl eines Bürgerchaftsmitgliedes an Stelle des verstorbenen Schacht geschritten. Es wurde mit 60 von 78 abgegebenen Stimmen Hauptlehrer Franz Sartori gewählt.

Während der erste Senatskommissar die leit der letzten Versammlung der Bürgerschaft vom Senate im Einvernehmen mit dem Bürgerchaftsrath gefaßten Beschlüsse mitgetheilt hatte, wurde zur Berathung der Senatsanträge übergegangen:

1. Die Vertheilung einer Kasernenanlage n. v. d. a. in Anlaß der Garnisonvermehrung. (Die Begründung der Vorlage haben wir bereits mitgetheilt, als der Antrag dem Bürgerchaftsrath vorlag. Red.)

2. Die Vertheilung der Vorlage mit Freuden. Er wünscht nur noch, daß bei künftigen Angelegenheiten den Anträgen stets Klagen beizugeben möchten, weil man sonst jedesmal den Lagerplan in der Kanzlei des Rathshauses einsehen müsse.

Ohne weitere Debatte wurde darauf der Senatsantrag angenommen.

Der zweite Senatsantrag, Anlauf des Grundstückes des Gärtners Sager in der Vorstadt St. Gertrud; der dritte: Anlauf des Grundstückes des Gastwirths J. P. F. Die, Marktstraße Nr. 101; der vierte: Zur Ertheilung des Gesetzes vom 20. Mai 1896, die Ertheilung des Gesetzes betr. die fünfste: Vorzeitige Abnahme von Grundstücken auf Grund des Gesetzes über den Bebauungsplan vom 21. April 1890 nebst Antrag dazu vom 16. September 1895 und der letzte Senatsantrag: Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1897/98 wurden ohne Debatte angenommen.

Antrag 7 des Senates forderte: Anstellung eines zweiten Oberarztes am Allgemeinen Krankenhaus und Erlass einer neuen Ordnung für das selbe.

3. Die Hofst empfiehlt den Antrag aufs Wärmste. Er hätte es jedoch gern gesehen, wenn der Antrag noch weitergehend gewesen wäre und zwar insofern, als man einen Oberarzt für ständig angestellt hätte. Das katholische Krankenhaus, in dem jeder seinen eigenen Arzt sich halten kann, erfreue sich gerade dieses Umstandes wegen großer Beliebtheit in der Bevölkerung und mache dadurch dem Allgemeinen Krankenhaus große Konkurrenz. Bezüglich der Besoldung der Ärzte hätte Medner es gern gesehen, wenn man es bei 3000 Mk. gelassen hätte.

Senator Deede hält die Anrede des Vorredners für zweifelsfrei. Wenn dem Oberarzt die Verpflichtung auferlegt ist, zu bestimmten Stunden anwesend zu sein, so ist er damit der Pflicht entbunden, zu allen Zeiten dort zu sein. Er ersuche daher, davon Abstand zu nehmen, den Wunsch des Herrn Hofst etwa zu einem Antrage zu verdichten.

Bei der Berathung des Entwurfes der Ordnung für das Allgemeine Krankenhaus richtete B. M. Ziehl die Anfrage an den Senat, wie es im § 2 gemeint ist, wenn gesagt wird, daß einem der beiden Oberärzte die Verwaltung der Anstalt übertragen wird. Das ist gegen die alte Ordnung ein Unterschied. Soll dem Oberarzt jetzt mehr übertragen werden, oder wie ist es gemeint. Es ist eine Erweiterung seiner Befugnisse, es wird ihm mehr übertragen, als er bisher gehabt hat. Steht der Oberarzt aber dem Inspektor oder nicht? Es müssen nach Ansicht des Medners erst praktische Erfahrungen gemacht werden. Wir haben dafür zu sorgen, daß gute Ordnung im Krankenhaus ist.

Senator Deede: Der Oberarzt ist der ständig anwesende Vertreter der Vorsteherchaft und werden daher alle Angelegenheiten zunächst an ihn kommen und durch ihn der Vorsteherchaft unterbreitet werden. Alle Sachen gehen in erster Linie an den Oberarzt und die Vorsteherchaft wird die entscheidende Behörde sein. Die Schwierigkeiten entstehen sollen, vermag ich nicht zu erkennen. Was das Hausgeldbe z. betrifft, so kann man den Oberarzt nicht mit solchen Sachen belasten, das muß dem Inspektor überlassen bleiben und die letzte Instanz ist die Vorsteherchaft. Die weitere Debatte darüber war ziemlich belanglos und beschränkte sich darauf, daß die Bürgerschaft die vom Bürgerchaftsrath beantragte Fassung dieses Absatzes ablehnt und die vom Senate entgegengebrachte Fassung mit einem Untertrage von Dr. Ziehl annimmt. Dieser Untertrage hat folgenden Wortlaut: „Einem der beiden Oberärzte wird von der Vorsteherchaft, mißmöglich unter deren Oberaufsicht, die Verwaltung der Anstalt übertragen.“

Ueber den Umfang der den Aerzten und den Beamten der Anstalt obliegenden Verpflichtungen erläßt die Vorsteherchaft Dienstverordnungen.

Nach kurzer Debatte wurde alsdann der Entwurf der neuen Ordnung für das Allgemeine Krankenhaus einschließlich des Kostgebaltens in der vom Senate entgegengebrachten Fassung mit geringen Abänderungen angenommen.

In schließlicher Gesamtbeschlussung ertheilte die Bürgerchaft der Senatsvorlage mit den beschlossenen Abänderungen ihre Mitgenehmigung.

Der letzte Senatsantrag betraf: Gehaltsverhältnisse des Schulraths.

Der Senat stellte zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft: 1. daß der Stelle des Schulraths vom 1. April d. J. an ein Gehalt beigelegt werde, welches von 4000 Mk. durch fünf zu fünf Dienstjahren zu gewöhnliche Alterszulagen von je 600 Mark nach zwanzig Dienstjahren bis zu 7000 Mk steigt; 2. daß zur Befreiung des hiernach von 6000 Mk. auf 7000 Mk. zu erhöhenden Gehaltes des Schulraths Dr. Schröder für das Jahr 1897/98 der Betrag von 1000 Mk. aus der Reserveklasse zur Verfügung gestellt, für die Folge aber das Gehalt mit 7000 Mk in das Budget aufgenommen werde.

B. M. J. J. beantragte, den Antrag unter Ziffer 2 wie folgt zu fassen:

daß das hiernach von 6000 Mk. auf 7000 Mk. zu erhöhende Gehalt des Schulraths Dr. Schröder mit 7000 Mk. in das Budget für das Rechnungsjahr 1897/98 eingestellt werde.

Der Antrag wurde angenommen.

In der Gesamtbeschlussung wurde die Senatsvorlage mit der beschlossenen Abänderung angenommen.

Schluss der Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

**Sternplatz-Biehmarkt.**  
Hamburg, 8. März.

Der Schweinehandel verlief gut.

Angeführt wurden 1680 Stück, davon vom Norden: 5 vom Süden — Städ. Preise: Berlinische Schweine schwer 48-50 Pf leichte 47-49 Mk., Gauen 40-45 Mk. und Ferkel 44-47 Pf pr. 100 Pfd.

**Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**

Angelommen:  
Montag, den 8. März.

Vormittags.  
9,15 D. Halmstad, Pauson, von Ralsb in 13 St.  
Nachmittags.  
1,40 D. Elita, Bierstorff, von der See in 6 St.  
5,40 Anna, Lafrenz, von Fehmarn.

Dienstag, den 9. März.

Vormittags.  
7,25 D. Newington, Carl, von Methil in 5 Tg.  
7,45 D. Erave, Weistahn, von Libau in 48 St.  
9,30 D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 St.

Abgegangen:  
Montag, den 8. März.

Vormittags.  
8,55 D. Elita, Bierstorff, nach Libau.  
Nachmittags.  
3,20 D. Elita, Bierstorff, nach Libau.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B: 20 mähig. — 0,65 m.

**Schiffsbewegung in der Dfsee.**

D. Castor ist am 6. März in Rotterdam eingetroffen.  
D. Burg ist am 6. März von Pillau via Dhr nach hier abgegangen.  
D. Stadt Albed ist von Danzig auf hier abgedampft.  
D. Jar ist in Methil angekommen.  
Telegramm aus Hongk vom 6. März abends: Martaja unter Schädigt losgekommen; Kohlt, morgen früh ausgehend. Kruil immer noch Portkala Gegenwärtig festliegend.  
D. Alpha ist am 7. März in Libau angekommen.  
D. Castor ist am 8. März von Emmerich bergwärts gefahren.  
D. Burg ist am 8. März in Dhr angekommen.  
Telegramm aus Hongk vom 8. März: Schwere Padeis längs Küste, offenes Wasser nicht sichtbar, Hafen erreichbar sobald Windveränderung.  
D. Ausland ist in Libau angekommen.  
D. Paula ist am 8. März von Libau auf hier abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Eintäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens wurden hoch erfreut  
**J. Kassow und Frau.**  
Lübeck den 5. März 1897.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Jungen wurden hoch erfreut  
**C. Schumann u. Frau,** geb. Staahr.  
Lübeck den 8. März 1897.

Zu verm. hübsche Damenmaskenanzüge von 1 Mk. an.  
Frau Gehrcke, Obertrave 19.

Zu vermieten ein freundl. leeres Zimmer.  
Engelwisch 9.

Zu vermieten zu sofort ein möbl. Zimmer an einen jungen Herrn oder Mädchen.  
Ludwigstraße 46, 2. Et.

Gesucht eine saubere Waschfrau für Dienstage.  
Baustraße 6, Burghor.

Gesucht 1 Junge zum Brodaustragen und 1 junger Knecht.  
Meierstr. 30.

Gesucht zu sofort ein junges Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei.  
Möhrens Schützenstraße 38a, 2. Et.

Gesucht zu Oftern 1 Schmiedelehrling.  
A. Naprau, Schmiedestr., Danforthstr. 5.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchter Kinderwagen oder Kinderstühlwagen.  
Oftern mit Preisangabe an die Exped.

Zu verkaufen ein Hochherd gut erhalten, für 6 Mk.  
Wittcherstr. 34.

Sofort zu verkaufen umständehalber eine prima Krämerlei mit prachtvollem Grundstück für 12500 Mk. Wasser verb. Angebote unter J H an die Exped. d. Bl. erbeten.

Verloren eine graue und eine gelbe Pferdebede in der Nacht von 2-3 Uhr von Dähler bis Molltestraße.  
Abzugeben Augustenstraße 14a.

Schöne französische Kartoffeln, 10 Liter 60 Pfg., prima gelbblühende Magnum bonum, 10 Liter 45 Pfg., sachweise entsprechend billiger.  
C. Bannow, Friedenstr. 19.

**Durch Zufall hochfeine Hofbutter**  
per Pfd. 1 Mk.

Bitte nicht mit Holländerbutter zu vergleichen.  
**C. Krapp, Bahmstraße 6.**

Butterhandlung en gros u. en detail.  
NB. Bitte daher sich davon gültig zu überzeugen.  
D. D.

**Die Schweineschlachtere**  
von  
**W. Strohheldt**  
73 Glockengießerstraße 73  
empfehlst:

- Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.
- Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.
- Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
- Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
- Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.
- Geräucherter Speck . . . Pfd. 60 Pf.
- Gekochte Mettwurst . . . Pfd. 60 Pf.
- Geräuch. Mettwurst . . . Pfd. 70 Pf.

**Miethe-Quittungs-Formulare**  
sind zu haben in der  
Expedition des Lübecker Volksboten.  
Johannisstraße 50.

**Geräucherte Schinken (Landrauch)**  
mild gesalzen u. vorzüglich im Geschmack, per Pfd. 80 Pf., im Anschnitt Pfd. 1,00 Mk.  
empfehlst  
**Carl Junge, Wahnstraße 8.**

**Wahlung Metallarbeiter!**  
Mittwoch, den 10. März 1897, Abends 8 1/2 Uhr  
Außerordentliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.  
Tages-Ordnung:  
Der Streik bei Carl Thiel u. Söhne.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

An der nächsten Zeit sollen die Restbestände meines Lagers verauktioniert werden.  
Bis dahin verkaufe sämtliche  
**Kinder-Garderoben**  
als:  
Mädchen-Mäntel, Jacken, Kleider und Schürzen, Knaben-Mäntel, Anzüge, Hosen und Blousen,  
feiner  
Baby-Kleidchen u. Lätzchen  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.  
**M. Lam**  
54 Breitestraße 54  
Laden-Einrichtung, Büsten-Ständer zc. zu verkaufen.

Ia. französische } Esskartoffeln  
Ia. Magnum bonum }  
empfehlen billigt  
**Spethmann & Fischer, Beckergrube 59.**  
Detailverkauf: Beckergrube 13 (E. Giffhorn).

Die beste  
**Meierei-Butter**  
per Pfund 1,10 Mk.  
Siefige  
**frische Hofbutter**  
per Pfund 1.- Mk.  
**Th. Storm**  
Königstraße 98.

**Eimerbier**  
jeden Dienstag und Freitag von 5-10 Uhr  
jeden Mittwoch und Sonnabend Morgen von 6-8 Uhr.  
**St. Lorenz-Brauerei, C. Gablenz,**  
Nebenhoffstraße 12.

Nachdruck verboten.

**Der reine Zucker!**  
Wenn im Preis der Zucker fällt, hört man die Agrarier munden; möchten dann für unser Geld zuckerreiche Prämissionen. Warum giebt es Prämissionen nicht. Wenn wir uns're schönen Kleider wie wir's machen uns zur Pflicht unter'm Preis verkaufen leider! Denn es kleidet sich viquestem Selbst der allerärmste Schlander sich fast unkonst im „Welthaus“ ein. Ist das nicht „der reine Zucker“?  
Wir offeriren in diesen Auswahl  
**Confirmanden Anzüge,**  
Cheviot, Bukskin, Kammingen zc. in dancr- nur 6 50 hafter Verarbeitung an.  
Um für die täglich neu eintreffenden Frühjahrswaren Platz zu schaffen, sollen und müssen  
schnellstens geräumt werden:  
Ein Posten Herren-Anzüge, sonst Mk. 12-20, jetzt nur Mk. 8 an.  
Ein Posten hochfeine Anzüge, sonst Mk. 19-32, jetzt nur Mk. 13 an.  
Ein Posten Herren-Paletots, sonst Mk. 12-22, jetzt nur Mk. 8 an.  
Ein Posten elegant. Paletots, sonst Mk. 18-35, jetzt nur Mk. 12 an.  
Ein Posten Herren-Jackets, sonst Mk. 8-15, jetzt nur Mk. 5 an.  
Ein Posten Herren-Hosen, sonst Mk. 3-9, jetzt nur Mk. 2 an.  
Ein Posten Jünglings-Anzüge, sonst Mk. 8-18, jetzt nur Mk. 5 1/2 an.  
Ein Posten Knaben-Anzüge, sonst Mk. 3-7, jetzt nur Mk. 2 an.  
Arbeiter-Garderoben spottbillig!  
Günstige Einkaufsgelegenheit für Händler und Wiederverkäufer im  
**„Welthaus“ Goldene 33**  
Breitestraße 33, im ersten Stock.  
Knaben-Hosen 90 Pfg.

**Ausrüstungen**  
für junge Leute, die sich dem Seemannsstande widmen wollen, übernimmt  
**Untertr. 67 Herm. Prenzlau.**

**Gebrannter Caffee**  
ganze Bohnen, gutschmeckend per Pfund 70 Pfg.  
**Caffee-Rösterei, Holstenstraße 10.**

Frische Landeier, 6 Stück 30 Pfg.  
Feinste Meiereibutter 1,15 Mk.  
Feinste Hofbutter 1,05 Mk.  
ff. Margarine 60 und 65 Pfg.  
ff. Tilsiter Käse 50 und 60 Pfg.  
ff. Seringe 5, 8 und 10 Pfg.  
Kartoffeln, Fass 50 und 60 Pfg.  
ff. Schmalz 40 u. 45 Pf., 2 Pfd. 75 Pf.  
empfehlst  
**Benno Hill, Engelsgrube 72.**

**Allgemeine Lokal- u. Straßenbahngesellschaft**

Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß am Montag den 8. d. M. der Betrieb auf der Erweiterungsstrecke Israelsdorf an den Wochentagen wieder aufgenommen wird.  
Die Wagen der Route Israelsdorfer Allee verkehren bis auf Weiteres von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 7 Uhr zwischen der Forsthalle zu Israelsdorf und dem Endpunkte der Bahn in der Cronsforder Allee.

Die Betriebsverwaltung.

**Mitglieder-Versammlung**  
der  
**Schauerlente**  
am Mittwoch den 10. März  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Maifester.  
3. Lohntarif.  
4. Verschiedenes.  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Einladung**  
zu dem  
am Freitag den 12. März im „Berliner Hof“ stattfindenden  
**Brauer-Kränzchen.**  
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.  
Entree 60 Pfg., eine Dame frei.  
Das Comitee.

**Stadttheater in Lübed.**  
Mittwoch den 10. März  
Außer Abonnement.  
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.  
Gastspiel der Herzoglichen Hofoper-sängerin Frä. Marie Brüning  
vom Hof-Theater in Braunschweig  
**Das Heimchen am Herd**  
Fran Dot — Frä. Brüning.  
Donnerstag den 11. März  
101. Abonnem.-Vorst. 5. Abthl.: Gell.  
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.  
**Trilby.**

## Ueber die Wirren im Orient

Sprach Genosse Weber am Mittwoch im überfüllten Saale des Konzerthauses „Saisjowci“ in Berlin. Der Redner sagte etwa folgendes: Gegenwärtig ist wieder das Augenmerk der gesammten Kulturwelt nach dem Orient gerichtet. Früher konnte Europa den fortgesetzt in der Türkei ausbrechenden Unruhen theilnahmslos zusehen. Jetzt dagegen haben alle europäischen Mächte ein Interesse an dem Schicksal der Türkei, namentlich an der Frage: Wer soll Herr von Konstantinopel werden? In erster Linie ist es Rußland, welches danach trachtet, nicht nur das Schwarze Meer unumschränkt zu beherrschen, sondern auch Konstantinopel in seinen Besitz zu bekommen. Das ist — wie man sagt — schon in dem Testament Peter des Großen als Ziel der russischen Politik angegeben worden. Rußland, das größte Reich der Welt, hat im Verhältnis zu der ungeheuren Ausdehnung seines Landes nur sehr wenig Meeresküsten. Am Interesse seines sich mehr und mehr entwickelnden Handels muß es naturgemäß befreit sein, noch weitere Meeresküsten und brauchbare Häfen in seine Gewalt zu bekommen. Allmählig gelang es ihm ja, im Osten Asiens bis an das lautschalische Meer vorzurücken, auch hat der Friedensschluß zwischen China und Japan seine Position in den östlichen Meeren derart gestärkt, daß dieser Machtzuwachs Rußlands den englischen Interessen in Indien gefährlich werden muß. Am Schwarzen Meere dagegen sieht Rußland das Ziel seiner Wünsche noch nicht erreicht. Zwar hat es durch den Krimkrieg eine Reihe bedeutender Hafenstädte bekommen, aber worum es sich vornehmlich handelt, das ist der Besitz des Bosphorus und der Dardanellen, wodurch ihm der Weg ins Mittelmeer eröffnet wird. Im Besitz von Konstantinopel kann Rußland jedem Schiffe den Durchgang ins Schwarze Meer wehren, dagegen ist es selbst in der Lage, Schiffe und Soldaten nach Belieben ins Mittelmeer zu senden. Hieraus erklärt es sich, daß Rußland ein Interesse hat, Unruhen in der Türkei zu erregen, um so in den Besitz derselben zu kommen. Thiers sagte ganz richtig, wenn Rußland erst einen Fuß auf den Bosphorus und den andern auf den Sund setzt, dann ist es mit der Freiheit Europas vorbei. Die Interessen aller europäischen Mächte sind mehr oder minder denen Rußlands entgegengesetzt. Italien, Frankreich und England können nicht ruhig zusehen, wenn Rußland im Begriff ist, eine entscheidende Stellung im Mittelmeer einzunehmen, und damit auch den Egeischen, den Seeweg nach Indien und Ostasien, zu beherrschen. Wegen der Beherrschung des Egeischen Kampft England um Erhaltung seiner Position in Ägypten mit Frankreich und Rußland. Wenn Rußland die Balkanhalbinsel in seine Gewalt bekäme, dann würde die strenge Abgeschlossenheit des russischen Handels auch auf diese Länder ausgedehnt werden, wodurch der Handel Englands, Frankreichs und Deutschlands einen schweren Schlag bekäme. Für uns in Deutschland handelt es sich aber nicht nur darum, daß Rußland durch den Besitz des Balkan unsere handelspolitischen Interessen schädigt, sondern auch um die Frage, ob Deutschland auf die Dauer seine Ostseeprovinzen behaupten kann. Rußlands Inter-

esse fordert die Einverleibung dieser Provinzen, damit es in der Ostsee eisfreie, für den Handel brauchbare Häfen bekomme. Das ist für Rußland ebenso wichtig, wie der Besitz des Bosphorus. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, hat Deutschland ein großes Interesse an dem Ausgang der Ereignisse im Orient. Man steht in Deutschland dieser Frage kühl gegenüber. Bismarck sagte bekanntlich, das bischen Herzegowina wäre nicht die Knochen eines preussischen Grenadiers werth. Diese Auffassung ist meiner Meinung nach grundfalsch. Bismarck suchte sich nach dem französischen Kriege mit Rußland auf freundschaftlichen Fuß zu stellen und ließ ihm freie Hand im Orient. Er war nach dem Zeugniß des Fürsten Gortschakow auf dem Berliner Kongreß russischer als die Russen selbst. Als 1886 der Battenberger O. Mummeli mit Bulgarien vereinigte, was allerdings dem Berliner Vertrag entgegen war, verurtheilte Bismarck diese Politik des Battenbergers, mochten die gesammte deutsche Presse entgegengelegter Meinung war; es sah eben jeder ein, daß durch die Schaffung selbständiger Staaten auf der Balkanhalbinsel der Macht Rußlands Schranken gesetzt würden. Es wäre das bestmögliche, wenn alle von den Türken beherrschte Staaten ihre Selbständigkeit erlangten. Es giebt Politiker, welche meinen, die Erhaltung der Türkei liege im Interesse Europas. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die türkische Herrschaft — das hat das letzte Jahrzehnt bewiesen — unfähig und im höchsten Grade kulturreichthümlich ist. Sie hat im letzten Jahrhundert nichts gethan, was als Kulturfortschritt gelten kann. Der Türke mag vielleicht gegenüber dem Griechen und Armenier der höhere Mensch sein, aber er ist so indolent, daß aus den Reihen des türkischen Volkes eine Bewegung zum Besseren vor der Hand nicht zu erwarten ist. Die Bestrebungen der Jungtürken Leute, welche sich europäische Bildung angeeignet haben und Reformen im europäischen Sinne durchzuführen wollen und ohne irgend welche Aussicht. Rußland, so rückständig es auch ist, befindet sich auf dem Wege der Entwicklung, die eines Tages den Jaken und die Regierung zu staatlichen Reformen zwingen wird. In der Türkei ist nicht daran zu denken, von ihr ist kein Fortschritt zu erwarten, daher erklärt sich der Wunsch, die türkische Herrschaft beseitigt zu sehen. Dazu kommt der Umstand, daß auf der Balkanhalbinsel nicht türkische Völkerschaften unter türkischer Herrschaft stehen. Diese ringen naturgemäß nach Freiheit und Selbstständigkeit, und jeder freiheitsliebende Mensch tritt auf ihre Seite. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie immer für das volle Selbstbestimmungsrecht des Volkes eingetreten ist. Wenn wir also sehen, daß Völker gegen ihren Willen beherrscht werden, so haben wir die Pflicht, uns auf die Seite derer zu stellen, die den Willen bekunden, sich von der Fremdherrschaft zu befreien. Solche Bewegung zu unterstützen, liegt im Interesse der Kulturentwicklung. Der größte Theil der Balkanhalbinsel ist schon der türkischen Herrschaft entzogen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wenn auch für diejenigen Völker, die noch, obgleich nichttürkischer Abstammung, von den Türken beherrscht werden, die Stunde der Befreiung schlägt. Gegenwärtig steht die kritische Frage auf der Tagesordnung. Ueber Kreta, eine verhältnißmäßig kleine Insel mit dünn ge-

fäeter Bevölkerung griechischen Stammes, konnten die Türken ihre Herrschaft von je her nur behaupten in fortgesetzten Kämpfen mit der Bevölkerung, die auf beiden Seiten grausam und barbarisch geführt wurden. Das war bis heute so. Nun steht fest, daß die Einwohner Kreta's ihren Wunsch nach Vereinigung mit Griechenland kundgethan haben, was nur durch das Einschreiten der europäischen Mächte verhindert wurde, die natürlich bemüht sein müssen, einen Ausgleich herbeizuführen, um einen allgemeinen europäischen Krieg zu vermeiden. Auch wir wünschen den Krieg nicht, wir müssen aber verlangen, daß man den Forderungen der kretischen Einwohner gerecht wird. Während sich Bismarck in der Orientfrage neutral verhielt, scheint es, als ob die gegenwärtige Regierung Deutschlands geneigt ist, aktiv für Rußland einzutreten. Daher die Haltung Deutschlands im Kriege zwischen China und Japan. Für unsern Handel wäre es von Interesse gewesen, beim Friedensschluß auf möglichst günstige Bedingungen für Japan hinzuwirken. Manche Politiker, auch deutsche, legen großes Gewicht auf die Erschließung China's für den europäischen Handel. Ob die daran geknüpften Hoffnungen berechtigt sind, mag dahingestellt sein. Zweifellos ist, daß, wenn Japan einen Einfluß in China hat, dies für die europäischen Interessen vortheilhaft ist. Das Gegentheil ist der Fall, wenn Rußlands Einfluß in China gestärkt wird. Es ist daher eigentümlich, daß Rußland in dieser Hinsicht die Unterstützung europäischer Staaten fand. Ähnliche Dinge gehen jetzt im Mittelmeer vor. Wenn die europäischen Mächte den Beruf zu haben glauben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, dann müßten sie dafür sorgen, daß Kreta von einer Regierung befreit werde, die unfähig ist, dort zu regieren. Statt dessen haben die Diplomaten nichts. Als vor einigen Wochen Griechenland auf eine Anregung der Bewohner Kreta's Kriegsschiffe und Truppen dahin sandte, war es zur allgemeinen Verwunderung vor allen Deutschland, welches dagegen Einspruch erhob und den Vorschlag machte, den Piräus zu blockiren. Diesen Vorschlag lehnten die übrigen Mächte ab. Die Bevölkerung Kreta's setzt sich zusammen aus 200 000 Griechen, 90 000 Türken und einer kleineren Anzahl anderer. Der Koran schreibt vor, daß ein Andersgläubiger gar keine Rechte im Staat haben dürfe. Zwar wird diese Auffassung in letzter Zeit nicht mehr so strikte durchgeführt, aber der fortgesetzte Druck, den die Türkenherrschaft auf die nicht mohamedanische Bevölkerung der Insel ausübte, veranlaßte viele Griechen, zum Mohamedanismus überzutreten, um sich die Vortheile desselben zu sichern. Die Griechen haben gegenwärtig fast die ganze Insel im Besitz. Vornehmlich ist es Rußland, welches dieser Entwicklung entgegenstrebt. Es liegt im Interesse Rußlands, zu verhindern, daß die Verhältnisse am Bosphorus andere werden, als sie augenblicklich sind, denn es muß sich sagen, daß mit der Schaffung selbständiger Staaten seine Macht eingeschränkt wird. Daher tritt es der Abtrennung türkischer Provinzen entgegen und ist gegen jede Weiterentwicklung der Balkanstaaten. Anders liegen die Interessen der übrigen Mächte, die durch die Schaffung selbständiger Orientstaaten der russischen Macht einen Damm entgegengesetzt sehen.

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von R. Kautsky.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er folgte langsam. Die Bäume standen hier schon ziemlich dicht und verbreiteten einen süßen, harzigen Duft. Er sah um sich. Es ist schön hier, dachte er. Wie frisch die Gräser stehen, wie ein leichter Wind sie einander zuneigt! Alle Berühren sich sanft, es ist eine Liebeskose, — und all' die knospenden Blüten, so zart noch, so jung! Es kommt mir vor, als sehen sie unendlich glücklich aus. Hans seufzte. Nur der Mensch ist niemals glücklich, er wünscht immer am meisten das, was ihm unerreichbar ist. Seine Gedanken wurden jetzt von seiner Umgebung abgezogen und richteten sich nach innen, er suchte seine eigenen Gefühle und Empfindungen sich klar zu machen. Er war so in Selbstschau versunken, daß er es garnicht merkte, wie der Weg aus dem Walde herausführte und nun am Seeufer, längs einer steilen und doch üppig bewachsenen Berglehne sich hinzog, und daß dieser Weg theilweise recht schmal wurde, da starke Vergabrutschungen und Gerölle denselben verengten. Er strauchelte plötzlich, und nur ein rascher Sprung seitwärts bewahrte ihn vor dem Hinabstürzen in die Tiefe.

Aufatmend blieb er stehen. Er sah jetzt erst, daß auch das Ufer hier steil gegen den See abfiel und wohl an zwanzig Fuß über das Niveau desselben sich erhob; daß an diesen gefährlichen Stellen der Rand des Weges ziemlich abgetreten war und keine Barriere auch nur theilweisen Schutz gegen ein hier leicht mögliches Ausgleiten gewährte. Er bemerkte diese Vernachlässigung mit tiefem Unwillen. Erschreckt sah er nach den Damen. Sie hatten den Uferweg fast zurückgelegt, er sah nur noch das weiße, flatternde Kleid Valerians, die wohl zuletzt ging; einen Augenblick schien es ihm, als schwebte es

bereits über dem Wasser. Sein Herz begann zu klopfen, er wollte ihr rufen, aber er besann sich. Würde sie darüber nicht erschrecken? O, gewiß, sie würde sich rasch umwenden, und gerade dadurch könnte herbeigeführt werden, was ihn mit so banger Angst erfüllte; sie konnte in den See stürzen. Er fing an zu laufen, um ihr näher zu kommen, aber schon in der nächsten Minute sah er, daß ihr Weg vom Ufer ab, wieder in den Wald hineinführte. Sie ist außer Gefahr, dachte er, sich erleichtert fühlend, und nun selbst seine Aufregung belächelnd. Aber gewiß, der Weg muß ausgebessert werden, und hier muß eine Barriere her, und wenn es die Gemeinde nicht thut, so muß Papa dies herstellen lassen. Wie leicht könnte ein Unglück geschehen, wie leicht ein Wanderer in der Dunkelheit von hier hinabstürzen! Er trat vorsichtig bis an den Rand und sah prüfend hinab. Es ging fast senkrecht hinunter. Die See war etwas bewegt und kleine Wellen schlugen gegen die Felsen. Ein Sturz von hier könnte lebensgefährlich sein. Er trat wieder zurück, denn unter seinen Füßen kullerten neue, vom Regen erweichte Erdmassen hinunter. Kopfschüttelnd ging er weiter, bald umgaben auch ihn die hohen Tannen, und die Kühle des Waldes erfrischte seinen erhitzten Körper. Ein kleines Bächlein, das es nicht erwarten konnte, sein klares Wasser mit dem des Sees zu vereinigen, floß rasch dahin. Lustig plätscherte es über große, verwitterte Steinblöcke, an deren Seiten sich dunkles Moos angelegt hatte. Wunderhell und lieblich stachen gegen diese ungeschlachten, dunkelfarbigen Massen die zarten, blauen Blüten des Bergglockenblaus ab, die dieser günstigen Stelle in großer Menge entsprossen waren. Dieser Kontrast fesselte ihn, vielleicht dachte er auch sonst noch etwas, genug, er bückte sich und pflückte die zierlichen Blumen.

Das Rauschen des Wassers verhinderte es, daß er die leichten Fußtritte vernahm, die hinter ihm herklamen; jetzt

fuhr er auf, er hatte sich rasch umgewandt und sah Valerie stehen.

Sie sah erhitzt aus, denn sie war rasch zurückgelaufen, auch sie hatte die Blumen im Vorbeigehen bemerkt, aber erst später war in ihr der Wunsch aufgestiegen, sie zu besitzen.

„Ah, Sie hatten mit mir den gleichen Gedanken“, rief sie jetzt dem jungen Manne zu, und ein gar fröhliches reizendes Lächeln verschönte noch ihr allerliebstes Gesichtchen.

„Bitte, pflücken Sie welche auch für mich, ich will einen Kranz daraus machen“.

„Gern“, sagte er. Er war verwirrt, er beugte sich tiefer herab als es nöthig gewesen, und riß eine ziemlich Menge Bergglockenblaus aus dem feuchten Boden, einige sogar mit der Wurzel.

„Ich habe schon genug, Herr Lieutenant, gewiß, das sind mehr als ich brauche.“

Er reichte ihr die Blumen entgegen und pflegte dann noch einige besonders schöne Blüten, die er zu einem Sträußchen ordnete. Sie hatte seine Absicht erkannt und kam ihm zu Hülfe. Sie zog einen seidnen Faden aus der Franse ihres blauen Sonnenschirms und bedeutete ihm, er möge es damit zusammenbinden. Mit sehr viel Eifer, aber noch größerer Ungeschicklichkeit schlang er den Faden um dasselbe. Es dauerte lange, bis er hielt, aber dann hielt er gut. Sie sah ihm lächelnd zu und meinte: „Den will ich mir besonders bewahren.“

Es klang so schelmisch von ihren Lippen, so süß. Sie trat noch etwas näher heran und nahm die Blumen fachte aus seiner Hand, sie bemerkte jetzt, daß diese zitterte; rasch und neugierig blickte sie empor. Sein Blick traf voll den ihren, es lag etwas Unheimliches, Unheimbares darin, sie wußte es von dem Augenblick an, daß Hans sie liebte. Ein kurzes, halb unbewußtes Seufzen entrang sich ihrer Brust. War es ein Seufzer der Befriedigung,

Durch die Haltung Deutschlands in der Orientfrage ist in den Dreieinig ein Miß gekommen. Die Mächte haben sich nun dahin geeinigt, daß sie unter keinen Umständen einer Annexion Kreta's durch Griechenland zustimmen können, dagegen soll Kreta unter der Suzeränität des Sultans sich selbst regieren. Thatsächlich haben also die Kreter durch ihre fortgesetzten Aufstände den Mächten die Anerkennung einer Dreiviertel-Selbstständigkeit abgerungen. Die Griechen sollen Kreta räumen. Wenn sie klug sind, werden sie es thun, denn nun entgeht ihnen Kreta nicht mehr. Ob damit auf längere Zeit Ruhe im Orient geschaffen ist, kann kein Mensch sagen. Eines steht aber fest: die Großmächte haben bewiesen, daß sie nicht einig sind, und die Möglichkeit, in einen europäischen Krieg gekürzt zu werden, ist wohl hinausgerückt, aber nicht beseitigt. Wenn es eine Macht gibt, die die Nationen zwingt, Frieden zu halten, dann ist es die europäische Sozialdemokratie. (Großer Beifall.)

Die Versammlung gestaltete sich noch dadurch interessant, daß der bekannte Pfarrer Naumann auftrat, der keine starke deutsche Flotte forderte und „nationale Politik“ von Seiten der Sozialdemokratie verlangte. In seinem Schlußworte fertigte Bebel den nationalsozialen Redner in treffender Weise ab. Die Ausführungen Naumanns hätten ihm, Bebel, bewiesen, daß es zwischen unserer und der national-sozialen Partei keine Gemeinschaft gebe. Der Sympathie der National-Sozialen für Rußland trat Bebel entschieden entgegen, indem er ausführte, wenn Rußland sich ausdehnt, so geschieht das zum Schaden der Kultur. Wenn es aber ein Land giebt, mit dem wir in Frieden konkurrieren können, so sei es England. Obgleich demselben die deutsche Konkurrenz gefährlich zu werden beginnt, sei es den Engländern noch nie eingefallen, sich durch Schutzzölle abzuschließen. Die Junker sehen in dem Bündniß mit Rußland einen Wall gegen die freiheitliche Entwicklung. Wir aber müßten Narren sein, wollten wir die russische Politik unterstützen. Es sei falsch, daß uns mit Rußland gleiche wirtschaftliche Interessen verbinden. Mit Frankreich hätten wir aber eine Reihe ideeller und materieller Berührungspunkte, und wenn die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht zwischen Frankreich und Deutschland stände, wären beide Nationen verbrüder und bilden eine Macht, gegen die keine Gewalt der Welt ankämpfen könne.

## Soziale und Partei-Leben.

**Aus dem Schneiderverband.** Lohnbewegungen stehen bevor in Bremerhaven, Lehe - Geestmünde, Hildesheim, Klost, Forst i. L. und Wamheim. Es wird deshalb vom Zugzug nach diesen Orten dringend abgerathen.

**Den organisierten Tischlern von Elberfeld-Warmen** ist vom Hauptvorstand des Holzarbeiter-Verbandes die zur Führung des Streiks nötige finanzielle Unterstützung jetzt bewilligt. Die Unternehmer haben einige Zugeständnisse gemacht, die Hauptforderung, den Neuanstandtag, wollen sie jedoch nicht bewilligen.

**Der Hunger.** Aus Budapest schreibt man: Wir leben bekanntlich in der besten aller Welten. Als kleine Illustration zu dieser Thatsache sei eine unscheinbare Notiz angeführt, die wir einem strengen Ordnungsbefehl, dem „Bester Mohn“ entnehmen, wo sie freilich als belanglos und von ganz untergeordnetem Interesse in kleiner Schrift ganz unten in einer Ecke der Tagesneuigkeiten untergebracht war. Sie lautet:

„(Hungrige Gäste.) Aus Arad schreibt man uns: Gestern Vormittags erschienen im Arader Stadthaus 94 ruthenische Arbeiter mit der Erklärung, nicht früher weichen zu wollen, insoweit sie ihren Hunger nicht gestillt haben würden. Der Bürgermeister wollte anfangs die zudringlichen Gäste abweisen lassen, als er jedoch aus dem Mund der recht verkümmerten Leute von dem Elend hörte, welches sie zwang, die Mildthätigkeit der Stadt Arad in Anspruch zu nehmen, ließ er einem jeden der Arbeiter ein Mittagessen verabreichen. Nachdem die Leute

noch eine kleine Wegzehrung erhalten hatten, wurden sie nach ihrem Zuständigkeitsort Taraczkoj im Maroscher Komitat befördert. Die Leute waren im Oktober des vergangenen Jahres nach der Arader Ortschaft Maros-Ezlatina gekommen, wo sie einen Wald ausroden sollten, doch vermochten sie kaum das trockene Brod zu verdienen. Da sich die Ausflüchten noch verschlimmerten, entschlossen sie sich, die Heimreise zu Fuß anzutreten. Von den 106 Arbeitern langten bloß 94 in Arad ein, die Anderen waren dem Elend erlegen.“

## Aus Nah und Fern.

**Berlin.** Ermordung eines Pfandleihers. Ein furchtbares Verbrechen ist Sonnabend in der Paulstraße 6 verübt worden. Der Inhaber der dort befindlichen Pfandleihe, Wilhelm Reibler, ein 50jähriger Mann, wurde mit einem Meißel erschlagen in seiner Wohnung aufgefunden; der Hals des Unglücklichen war außerdem mit einem Strick zusammengeknüpft. Unter den Händen der Ärzte hauchte Reibler sein Leben aus. Es liegt unzweifelhaft Raubmord vor, denn nach den Feststellungen der Kriminalpolizei fehlen aus der Geschäftskasse 75 bis 100 Mk. Die Spur eines der Thatverdächtigen wird verfolgt.

**Ich dan et!** In dem zur Zeit in Bückeburg weilenden „Löwentheater“ der Geschwister Berg ereignete sich unlängst, der „Schaumburg-Lippeschen Landes-Zeitung“ zufolge, bei einer hauptsächlich von Landleuten stark besuchten Vorstellung folgender Vorfall: Nachdem die letzte Nummer des Programms ausgeführt ist, tritt die „heldenmüthige Löwenbändigerin“ vor das Publikum und ruft: „1000 Mark Demjenigen, der es wagt, in den Löwentanz zu gehen.“ Nachdem diese verheißungsvolle Aufforderung zum zweiten Male verklungen, erhebt sich aus einer der hinteren Reihen ein Bauer und meldet: „Ich dan et.“ Allgemeines Erstaunen! — Die Löwenbändigerin, welcher der Gedanke, die vor so vielen Jüngern verkündeten 1000 Mark möglicherweise zahlen zu müssen, durchaus nicht angenehm ist, bedeutet dem Mann, daß das Unternehmen aber höchst gefährlich sei. „Ich dan et,“ erregte ruhig der Bauer. „Aber bedenken Sie doch, die Löwen sind sehr wild, Sie begeben sich in eine gefährliche Gefahr.“ „Ich dan et,“ ist die beharrliche Antwort. „Sind Sie verheiratet?“ „Ja, ich dan et aber.“ „Haben Sie Kinder?“ „Ja, ich dan et aber doch.“ „Na, wenn Sie denn nicht hören wollen, so kommen Sie, ich will Sie in den Käfig führen.“ „Ja, ich dan et, laten Sie man erst de Löwen rut.“

**Neben einem Eisenbahn-Unfall** wird aus Köln gemeldet: Im Schnellzug Nachen-Köln wurde im Königsdorfer Tunnel gleich bei der Einfahrt durch den Aufstrud eines entgegenkommenden Zuges die Thür eines Belgischen Coupes zweiter Klasse aufgerissen und schlug während der ganzen Tunnelfahrt an den andern Zug an. Das Coupee war mit Glas- und Holzsplittern übersät, die Thür vollständig zertrümmert. Aus dem entgegenkommenden Zuge schlug eine Flamme auf. Das Rothsignal verjagte zunächst. Die in dem finsternen Coupee befindlichen Reisenden, zu denen der Herausgeber des „Spottvogel“, Karl Schmidt, gehörte, blieben sämtlich unverfehrt.

**Köln.** Giftmord. Hier sind eine 42jährige Frau und ein mit ihr lebender Bautechniker verhaftet worden wegen des dringenden Verdachtes, den Ehemann der Verhafteten durch fortgesetztes Gifteingeben beseitigt zu haben; der Ehemann ist gestorben. Als in diese Affaire verwickelt ist auch ein Bremser, der gleichfalls mit der Frau des Ermordeten sträfliche Beziehungen unterhalten hat, verhaftet worden. Nach Aussage der Kinder der Frau erhielt diese von ihrem Liebhaber die Giftflasche, dessen Inhalt sie den Speisen ihres Mannes zusetzte, und bewirkte, daß der Mann zusehends abmagerte und schließlich im Hospital starb. Die eigenen Töchter, die die Mörderin auf dem Pfad des Lasters zu drängen

suchte, werden als Belastungszeugen gegen die Mutter aufzutreten.

**St. Ludwig i. Elsaß.** Vor der Strafkammer in Mülhausen sind 7 Personen aus dem benachbarten Neudorf wegen Absingens der Marseillaise zu schweren Geld- und Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Zwei der Missethäter erhielten je 6 Wochen Gefängnis, fünf Angeklagte, ausschließlich Frauen und Mädchen, wurden mit je 50 Mk. Geldstrafe belegt. Die Verurtheilten bestreiten, daß sie die französische Marseillaise gesungen haben. Sie erklären, sie hätten: „En avant conscripts, sur le champs de bataille, il faut tuer l'ennemi“ (Auf, auf, Rekruten, hinaus auf Schlachtfeld den Feind zu tödten!) gesungen, ein sehr harmloses Rekrutenlied. Der anzügliche Gedarm aber, dem die französische Sprache etwas „spanisch“ ist, will die Marseillaise gehört haben und so erfolgte die Verurtheilung wegen Ausstoßens aufrührerischer Rufe. — Man germanisiert eben in Elsaß-Lothringen!

**Ein Temperenzler.** Ein schwedischer Soldat hatte sich vor einigen Monaten geneigert, an einem Trinkgelage anlässlich des Geburtstages des Königs theilzunehmen; überdies hatte er mehrere Tonnen Bunsch, die er von einem Schiffe holen sollte, ins Wasser geworfen, wofür er mit Gefängnis bestraft worden. Jetzt wird in schwedischen Blättern mitgeteilt, daß ein reicher Mann in Frankfurt a. M., der den Wähligkeitsbestrebungen anhängte, dem Soldaten in Anerkennung seiner Handlungswaise 500 Mark geschickt habe.

**Ein Minister des Aeußeren** theilt an einer Entführung. In Bukarest spricht man seit Wochen von einer Skandalgeschichte, in der der Minister des Aeußeren, Stoicescu, eine recht nette Rolle spielt. Er hatte sich nicht nur um die Angelegenheiten der auswärtigen Abtheilung, sondern auch um die intimen Angelegenheiten eines jungen Aristokraten, Namens Georges San-Marin gekümmert, und diesem jungen Marschen bei der Entführung der Tochter des Abgeordneten Vecca, eines Millionärs, Vorschub geleistet. Der gekränkte Vater verfolgte nun den Minister und will für die erfahrene Schmach durch eine thätliche Beleidigung Stoicescus Rache nehmen. Vergebens waren alle Ausöhnungsversuche, die der Minister unternahm, auch die Vermittlung Demeter Sturdzas, des Premierministers, blieb fruchtlos, und so blieb Stoicescu nichts übrig, als den Schutz der Polizei anzurufen. Die Sache ist auch dem König Karol zu Ohren gekommen. Vecca suchte eine Audienz nach und zeigte dem König die von Stoicescu an Fräulein Vecca geschriebenen Briefe, die beweisen, daß der Minister bei der Entführung die Hand im Spiele gehabt habe. Auf den Ausgang der Geschichte ist man in Bukarest sehr gespannt.

**Mit den Anarchisten** folterungen in Barcelona beschäftigte sich am Mittwoch Abend eine öffentliche, zahlreich besuchte Versammlung in Kellers Festsaal zu Berlin. Nach einer Schilderung des Anarchisten Landauer verlas der Anarchist Spohr, Expedient des „Sozialist“, den Originalbrief eines deutschen Schlossers, Namens Heinrich Hüffel aus Köln a. Rh., der die an den Gefangenen in Barcelona, unter denen sich auch Deutsche befinden sollen, begangenen Grausamkeiten, Schändungen und Marterqualen bestätigt und schreibt, daß er neun Monate in Untersuchungshaft gefessen habe, ohne auch nur einmal vernommen zu werden. Der deutsche Konsul habe zugesagt, sich seiner annehmen zu wollen, bis zum 17. Febr. d. J. sei aber noch nichts geschehen. Die Ausführungen der Redner, zu denen auch Herr v. Egidy gehörte, entfesselten Stürme der Entrüstung. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung den Abg. Bebel beauftragt, die Angelegenheit im Reichstage in Form einer Interpellation zur Sprache zu bringen, und von der Regierung erwartet, daß sie schleunigst Schritte zur Befreiung der gefangenen deutschen Reichsangehörigen, die den Anarchisten ganz fern stehen sollen, unternimmt.

des Glückes, oder des Mitleids? Das war schwer zu entscheiden, und ihr sicher selbst nicht klar. Einen Augenblick blieben sie nun vor einander stehen, dann lächelte sie wieder und, nach der Seite zu „ihm hin schielend“, sagte sie leise: „Wollen wir nicht gehen?“ Er nickte zustimmend. Er wollte sprechen, er hätte ihr so vieles zu sagen gehabt, aber seine Befangenheit schloß ihm den Mund. Stumm gingen sie neben einander her, bis sie die Gesellschaft erreicht hatten.

Indau liegt an dem Südbende des Sees. Es ist ein ziemlich verwahrlostes Dorf, obwohl es dort einige reiche Bauern giebt, die ansehnliche Besitzungen haben. Aber der Bauer kennt noch nichts vom Gemeinwohl; für die moderne Philanthropie findet er in seinem konservativen Schädel kein Verständnis, und um das, was ihn nicht unmittelbar angeht, kümmert er sich niemals, außer er wird dazu gezwungen. Indau war indess von der Natur sehr begunstigt. Vom See langsam aufsteigend, zwischen düstigen Auen, auf der einen Seite vom Walde begrenzt, hatte es eine herrliche Lage und konnte in seiner Gesamtwirkung sowohl als in Einzelheiten das Auge eines Malers entzücken. Die Häuser hier zu Lande sind in ihrer Bauart charakteristisch genug. Der Unterbau allein ist von Stein, welcher jedoch meist nur auf einer Seite zu Tage tritt und das Erdgeschöß bildet, die übrigen Wände sind aus Holz, das durch die verschiedensten Einfüsse eine äußerst kraft- und saftvolle Färbung erhalten hat: dunkelroth, in seinen tiefsten Nuancen fast in schwarz übergehend. Das Hauptgesimse tritt weit vor, gleichsam

das Haus beschattend; der Giebel ist fest aufgesetzt und mit rohen Holzschnitzereien geziert. Ist das Haus stockhoch, so hat es nicht selten eine hölzerne Galerie, die um dasselbe herumläuft und zu der eine von außen angebrachte Treppe führt. Die Fenster sind winzig, luten-gleich, ein Kinderkopf kann sich gerade durchzwängen, trotzdem sind sie mit kleinen, blühenden Topfgewächsen angefüllt. Gewiß, das sieht alles sehr materisch aus, aber wenn man dann näher hinsieht, findet man das Schindel-dach durchlöchert und die Stützbalcken vermorscht. Die Treppe ist wackelig und das Holz an der Brüstung der Galerie dermaßen durchgebrochen, daß ihre Brüstung illusorisch geworden ist. Betritt man aber schließlich die Galerie, so zittert und wankt sie so bedenklich unter den Füßen, daß nur die indolente Sorglosigkeit eines Gebirgsbauers sich darüber hinwegsetzen kann. Der Urahn hat das alles so gebaut und so bleibt es. Zu einer Restaurierung entschließt er sich nur sehr schwer, zu einer Verbesserung, zu einem Umbau fast niemals. Unmittelbar vor einem solchen Hause, die Vorderseite deckend, oder es auch oft ganz wie einen Wall umgehend, prangt der Düngerhaufen, quasi das Schild der Wohlhabenheit. Je höher und ausgedehnter ein solcher ist, desto reicher natürlich der Bauer.

Es fällt ihm nicht ein, ihn etwas weiter vom Hause anzulegen; so lange er denken kann, ward der Mist gerade an dieser Stelle aufgehäuft, und so häufte er ihn gleichfalls auf. An der Eingangstür sieht man eine bedeutende Anzahl kleiner Kreuze angeheftet, sie sind aus

dem Holze gemacht, welches am Charfamtstag geweiht wurde und welches deshalb vor dem Einschlagen des Blüthes schützen soll. Auch dem Hegenwolf soll durch diese wohlthätigen Zeichen der Eingang ein für allemal verwehrt sein.

Betritt man das Haus, so ist's der große Vorplatz, der einem mit seinen mittelalterlichen Remnuzen vorerst ganz interessirt erscheinen mag, etwa als Bild. Für einen längeren Aufenthalt dürfte er minder angenehm sich erweisen. Alle häuslichen Arbeiten werden daselbst verrichtet. Die verschiedensten Geräthchaften hängen an den Wänden, stehen und liegen auf dem Steinboden herum; altes Gerümpel, das zu nichts mehr gut ist, wird da aufbewahrt. Hier steht ein schön geschnitzter, alter Kasten und auf demselben die Hühnersteige. In der einen Ecke befindet sich der große Eßtisch mit den Bänken rundherum. Ihm gegenüber der Waschkübel, in einer dritten Ecke der Backofen und gleich daneben der offene Herd, über den, wie ein Balbachin, der riesige, geschwärtzte Mantel des Rauchfanges sich wölbt. Röstliche, saftige Schinken lugen daraus hervor, aber man wird sie nicht gewahr, denn der Raum ist mit einem erstickenden Qualm erfüllt, und wogend und wallend durchziehen ihn die Dunst- und Rauchwolken, alle Konturen nur hie und da in zarter Unbestimmtheit hervortreten lassend. Kein Wunder, das Holz verbrennt frei auf dem offenen, steinernen Herde.

(Fortsetzung folgt.)